

Alvarez, Nieves; Lenhart, Volker; Maslankowski, Willi; Pätzold, Günter Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit

Beck, Klaus [Hrsg.]; Herrlitz, Hans-Georg [Hrsg.]; Klafki, Wolfgang [Hrsg.]: *Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe. Analysen - Befunde - Perspektiven. Beiträge zum 11. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 21. bis 23. März 1988 in der Universität Saarbrücken. Weinheim ; Basel : Beltz 1988, S. 307-314. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 23)*



Quellenangabe/ Reference:

Alvarez, Nieves; Lenhart, Volker; Maslankowski, Willi; Pätzold, Günter: Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit - In: Beck, Klaus [Hrsg.]; Herrlitz, Hans-Georg [Hrsg.]; Klafki, Wolfgang [Hrsg.]: *Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe. Analysen - Befunde - Perspektiven. Beiträge zum 11. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 21. bis 23. März 1988 in der Universität Saarbrücken. Weinheim ; Basel : Beltz 1988, S. 307-314 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-225500 - DOI: 10.25656/01:22550*

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-225500>

<https://doi.org/10.25656/01:22550>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

23. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

23. Beiheft

Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe

Analysen – Befunde – Perspektiven

Beiträge zum 11. Kongreß der
Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
vom 21. bis 23. März 1988
in der Universität Saarbrücken

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von
Klaus Beck, Hans-Georg Herrlitz und Wolfgang Klafki

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1988

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe : Analysen – Befunde – Perspektiven ; vom 21.–23. März 1988 in d. Univ. Saarbrücken / im Auftr. d. Vorstandes hrsg. von Klaus Beck ... – Weinheim ; Basel : Beltz, 1988

(Beiträge zum ... Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft ; 11) (Zeitschrift für Pädagogik : Beiheft ; 23)
ISBN 3-407-41123-5

NE: Beck, Klaus [Hrsg.]; Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Beiträge zum ...; Zeitschrift für Pädagogik/ Beiheft

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleibt vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benützte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1988 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, 6944 Hemsbach

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Druckhaus Beltz, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41123 5

Inhaltsverzeichnis

I. Öffentliche Ansprachen

WOLFGANG KLAFKI	15
RICHARD VON WEIZSÄCKER	19
RICHARD JOHANNES MEISER	22
OSKAR LAFONTAINE	23

II. Institutionsübergreifende Fragestellungen

JÜRGEN OELKERS Öffentlichkeit und Bildung in erziehungsphilosophischer Sicht. Bericht über ein Symposion	27
--	----

Multikulturalität und Bildung – Kann die Aufrechterhaltung von Minderheitenkul- turen eine Aufgabe öffentlicher Erziehung sein?

DETLEF GLOWKA Vorbemerkung	35
---	----

DETLEF GLOWKA, BERND KRÜGER Die Ambivalenz des Rekurses auf Ethnizität in der Erziehung	36
--	----

DETLEF GLOWKA, BERND KRÜGER Zum Stand der kulturvergleichenden pädagogischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland	37
--	----

RENATE NESTVOGEL Kann die Aufrechterhaltung einer unreflektierten Mehrheitskultur eine Aufgabe öffentlicher Erziehung sein?	39
---	----

FRANK-OLAF RADTKE Zehn Thesen über die Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung	50
---	----

ECKHARD KÖNIG, PETER ZEDLER Pädagogische Wissensformen in der Öffentlichkeit. Rezeption und Verwendung erziehungswissenschaftlichen Wissens in pädagogischen Handlungs- und Ent- scheidungsfeldern. Bericht über Schwerpunkte und Arbeitsergebnisse eines Symposiums	57
--	----

Knowledge handling – Umgang mit Wissen

BERNHARD KRAAK	
Vorbemerkung	67
KARL-JOSEF KLAUER	
Über das Lehren des Lernens	68
WERNER SCHWENDENWEIN	
Didaktische Informationsverarbeitungsprozeduren zur Entwicklung formal-kognitiver Bildung im Telematikzeitalter	70
GUDRUN-ANNE ECKERLE, BERNHARD KRAAK	
Kausale Landkarten – Hilfen zur Anwendung erziehungswissenschaftlichen Wissens	73

*Erziehungs- und Bildungswirklichkeit zwischen vollzogener Vergesellschaftung
und programmierter Privatisierung*

WARNFRIED DETTLING	
Entstaatlichung als Programm	77
KLAUS ANDERSECK	
Staatliche versus private Bereitstellung von Bildung in der ökonomischen Diskussion	84

Qualifizierungsoffensive: Staatliches Engagement für private Initiativen?

AXEL BOLDER	
Die Qualifizierungsoffensive – eine kritische Bestandsaufnahme von Ergebnissen der Weiterbildungsforschung	89
JOCHEN KADE	
Subjektwerdung und Gemeinschaftsbezüge. Die Qualifizierungsoffensive als Herausforderung für die Erwachsenenbildungstheorie	99

Bildung 2000: Zwischen privatem Lebenssinn und öffentlicher Aufgabe

HORST W. OPASCHOWSKI	
Einführender Überblick	109
HORST W. OPASCHOWSKI	
Zukunft und Lebenssinn: Folgen für den einzelnen – Folgerungen für die Bildungspolitik	110
ECKART LIEBAU, RAINER TREPTOW	
Lebensformen als pädagogisches Paradigma?	123

Friedenspädagogik im Spannungsfeld von Ökosophie, Kritischer Theorie und Systemischem Denken

ROLF HUSCHKE-RHEIN
„Systemische Friedenspädagogik“ – Einige Thesen für Theorie und Praxis . 129

VOLKER BUDDRUS
Systemtheorien und Überlebensproblematik 131

PETER HEITKÄMPER
Skizze einer systemischen Handlungstheorie der Friedenspädagogik 135

ALFRED SCHÄFER
Zur Kritik der weiblichen Pädagogik.
Bericht über eine Arbeitsgruppe 139

Darf die Pädagogik Freud-los sein?

JEANNE MOLL
Die Kontroverse der Universitätspädagogik mit den psychoanalytischen
Strömungen um 1920 149

III. Schule und Lehrerbildung

Vom Schul- und Erziehungsangebot zur Schul- und Erziehungspflicht

WILTRUD ULRIKE DREHSEL
Die Alphabetisierung in der Klippschule. Über das niedere Schulwesen in
Bremen 1800–1850 159

HANNELORE FAULSTICH-WIELAND, GUSTAVA SCHEFER-VIETOR
Koedukation – Geschlechterverhältnisse in der Erziehung 169

*Wer und was macht eine gute Schule? Öffentliche Anfragen an Schulen in
staatlicher und freier Trägerschaft*

HANS CHRISTOPH BERG
Bericht über das Saarbrücker „Schulgüte“-Symposion 181

JOHANN PETER VOGEL
Schulrecht aus der Sicht guter Schulen – Gute Schulen aus der Sicht des
Schulrechts 189

PETER FAUSER, ADOLF KELL, DORIS KNAB
Welches Recht braucht die Schule?
Leistungsbewertung als Problem rechtlicher Kontrolle und pädagogischer
Selbstkontrolle 201

WOLFGANG EINSIEDLER Medien in institutionalisierten schulischen Lehr-Lern-Prozessen. Bericht über ein Symposium	209
FRIEDRICH SCHWEITZER Gymnasiale Oberstufe und Sekundarstufe II zwischen Reform und Revision .	215
MANFRED BAYER, WERNER HABEL Professionalisierung in der Lehrerausbildung als öffentliche Aufgabe – eine Utopie von gestern? Zur Überprüfung eines reformstrategischen Konzepts unter veränderten Rahmenbedingungen	223
 IV. Außerschulische Erziehung und Bildung	
GERALD A. STRAKA, THOMAS FABIAN, DIETER HÖLTERSINKEN, HEIKE NOLTE, RAINER PEEK, ERICH SCHÄFER, WOLFGANG TIETZE, KLAUS TREUMANN, INGRID VOLKMER, JÖRG WILL Neue Medien als Bildungsfaktoren in außerschulischen Sozialisationsprozessen. Ein Arbeitsgruppenbericht	233
 <i>Rechtsprobleme in sozialpädagogischen Handlungsfeldern</i>	
KLAUS REHBEIN Erziehung zur Grundrechtsmündigkeit als öffentliche Aufgabe	239
ARNOLD KÖPCKE-DUTTLER Gustav Radbruchs Gedanken über öffentliche Erziehung	244
 <i>Früherziehung im Spannungsfeld zwischen Familie und anderen Institutionen</i>	
KARL NEUMANN Zur Einführung	249
JÜRGEN REYER Das Reformjahrzehnt 1970–1980: Endphase der Modernisierungswelle gesellschaftlicher Kleinkinderziehung seit der Jahrhundertwende – Beginn der frühpädagogischen Postmoderne?	251
WOLFGANG TIETZE, HANS-GÜNTHER ROSSBACH Früherziehung als lohnende Investition. Internationale Erfahrungen und ökonomische Untersuchungen	254
GERD E. SCHÄFER Familiengeschichten – Überlegungen zu Kontinuität und Diskontinuität aus hermeneutisch-tiefenpsychologischer Sicht	259
WASSILIOS E. FTHENAKIS Zur Entwicklung frühkindlicher Erfahrungen – Kontinuität versus Diskonti- nuität in der kindlichen Entwicklung	262

REINHARD FATKE Zur Debatte um Kontinuität und Diskontinuität menschlicher Entwicklungs- prozesse zwischen psychoanalytischer und empirisch-psychologischer Kinderforschung	266
BERNHARD NAUCK Anforderungen an die Vorschulerziehung durch veränderte Familienstrukturen	269
DOROTHEE ENGELHARD Möglichkeiten von Kindergärten zur Flexibilisierung von Öffnungszeiten ..	272
HARALD SEEHAUSEN Weiterentwicklung und Anpassung vorhandener Formen familialer und insti- tutioneller Früherziehung	275
ARNULF HOPF Eltern-Selbsthilfegruppen in der Früherziehung	279
<i>Freizeitpädagogik und Kulturarbeit als öffentliche Aufgabe. Zur Entwicklung eines neuen pädagogischen Handlungsfeldes zwischen Selbstorganisation und Professionalität</i>	
GISELA WEGENER-SPÖHRING Bericht über das Saarbrücker Symposion	283
HERMANN GLASER Über die ästhetische Erziehung des Menschen und die Zukunft der Industrie- gesellschaft	290
JOHANNA GOTTSCHALK-SCHEIBENPFLUG Ist Jugendarbeit Jungenarbeit? Aspekte zur Koedukation	301
KARLHEINZ A. GEISSLER, ADOLF KELL Berufsbildung als öffentliche Aufgabe – Probleme und Formen der Berufsbildungsforschung. Ein Bericht	303
NIEVES ALVAREZ, VOLKER LENHART, WILLI MASLANKOWSKI, GÜNTER PÄTZOLD Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit	307
GÜNTHER DOHMEN Der Beitrag der Erziehungswissenschaft zur Erwachsenenbildung als öffentliche Aufgabe. Ein Arbeitsgruppenbericht	315
WOLFGANG ROYL Der erziehungswissenschaftliche Beitrag zur Professionalisierung, Ausbildung und Erziehung in der Bundeswehr. Ein Arbeitsgruppenbericht	321
V. Das wissenschaftliche Programm des 11. DGfE-Kongresses	327
VI. Andernorts veröffentlichte Kongreßbeiträge	345

Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit

1. Ziel der Arbeitsgruppe war die Weiterentwicklung der „Grundsätze zur Berufsausbildung der Entwicklungszusammenarbeit 1956–1970“, die 1986 vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht worden sind.

Zur Vorbereitung der Arbeitsgruppe war den Teilnehmern die Schrift des BMBW als Diskussionsgrundlage zugesandt worden. Ferner wurde das „Sektorkonzept für die Entwicklungszusammenarbeit in der gewerblichen Berufsbildung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und das von der CDU/CSU-Bundesfraktion herausgegebenen Papier „Berufsausbildung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung“, beides ebenfalls von 1986, den Teilnehmern zur Vorbereitung übersandt. Der Verlauf der Arbeitsgruppe war in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil wurden inhaltliche Aspekte der Berufsbildungszusammenarbeit erörtert. Im zweiten Teil ging es um methodische Fragen, d. h. darum, auf welche Art und Weise die Grundsätze am besten weiterentwickelt werden könnten. In beiden Teilen wurde durch folgende Kurzreferate (mit Metaplanvisualisierung) die Diskussion vorbereitet.

2. Erster Teil (Inhaltlicher Aspekt)

2.1 WILLI MASLANKOWSKI äußerte sich zur Bedeutung der vorliegenden Grundsätze, in welchen Bereichen der Berufsbildung sie gelten, und begründete das Raster, in dem sie dargestellt sind.

Dazu stellte er fest, daß die Grundsätze der Anfangsjahre, die von Autoren wie WISSING entwickelt wurden, durchdrungen sind von der Überzeugung, daß das Grundproblem der Entwicklungsländer deren rapides Bevölkerungswachstum ist. Dies könne vor allem durch eine Wirtschaftsexplosion in den Entwicklungsländern gebremst werden. Der Wirtschaftsboom ist aber nur möglich, wenn in den Entwicklungsländern eine Berufsbildung insang gesetzt wird, wie sie in den Grundsätzen angezielt wurde.

Diese Grundüberzeugung wurde von Beginn an gestützt durch die Auffassung des AUSWÄRTIGEN AMTES, das Auslöser der Grundsätze war, daß in den Entwicklungsländern eine „Erziehung zu sinnvollem wirtschaftlichen Handeln“ einzuleiten sei.

Bei den Grundsätzen handelt es sich im umgangssprachlichen Sinne um festgestellte Erfahrungen als Ausgangspunkte für weitere Betrachtungen, aber auch um feste Regeln, nach denen man auf diesem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit handeln sollte. Als ein Beispiel der weit über 100 Grundsätze in der Schrift stellte er heraus, daß Berufsbildung frühestens ab dem 15. Lebensjahr beginnen sollte.

Bei den Bereichen, denen die Grundsätze zugeordnet sind, handelt es sich im Prinzip um die einzelnen Kapitel der Schrift: Berufsbildung im Bildungssystem, Zielsetzungen der Ausbildungsstätten, Standortfragen, Eingangsbedingungen, Ausbildungsberufe, Ausbildung in Stufen, Lernortfragen, Ausbildungsinhalte, Ausbildungsmethoden, Ausbildungsmittel, Prüfungen und Zeugnisse, Ausbildungspersonal, Mitwirkung, Überwachung, Rechtsgrundlagen, Mädchen- und Frauenausbildung, Finanzierung, Modellsysteme sowie Übertragungsfragen.

Viele der Bereiche können auch unabhängig voneinander erörtert werden. Insgesamt bilden sie jedoch einen Katalog, der den Aufbau oder die Weiterentwicklung eines umfassenden Berufsbildungssystems eines Landes ermöglicht. Die Reihenfolge der einzelnen Bereiche entspricht weitgehend der Reihenfolge im Quellenmaterial der Schrift. Zudem wurde sie im Hinblick auf eine systematische Erörterung sachlogisch geordnet.

Für die Diskussion zur inhaltlichen Weiterführung der Grundsätze wurden die Fragen gestellt,

- ob die vorliegenden Grundsätze innerhalb der Bereiche erschöpfend und in sich widerspruchsfrei sind und
- ob die vorliegenden Grundsätze in der Lage sind, allen Problemen der Berufsbildung eines Entwicklungslandes gerecht zu werden.

2.2 GÜNTER PÄTZOLD verdeutlichte fehlende Voraussetzungen in den Entwicklungsländern für eine betriebsgebundene Lehrlingsausbildung, er wies auf die mangelnden Erfahrungen in den Anfangsjahren der Entwicklungszusammenarbeit hin und beleuchtete WISSINGS Ausgangsüberlegungen:

- Hunger und Elend in den Entwicklungsländern sollten hauptsächlich durch „Hilfe zur Selbsthilfe“, d.h. durch eigene wirtschaftliche Leistungen der heimischen Bevölkerung überwunden werden.
- Modernisierung und Technisierung der Wirtschaft erforderten praxisnah ausgebildete Fachkräfte, also in erster Linie Gesellen und Facharbeiter für Produktions- und Reparaturarbeiten. Der Bedarf an akademisch vorgebildeten Fachkräften wurde als gering angesehen.
- Die berufliche Ausbildung sollte in den Heimatländern in schulähnlichen Ausbildungsstätten erfolgen; technische Lehrer (als Multiplikatoren) sollten in der Bundesrepublik Deutschland ihre Ausbildung erhalten.
- Berufliche Bildung wurde in den Entwicklungsländern vorrangig als Staatsaufgabe aufgefaßt, nicht als Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft.

Mit deutscher Hilfe wurden in den Entwicklungsländern hauptsächlich gewerblich-technische Bildungsstätten errichtet, in denen möglichst produktionsnah und praxisorientiert vor allem für das Metall- und Elektrogewerbe ausgebildet werden sollte. Diese (wenigen – pro Land ein bis zwei-) Ausbildungsstätten orientierten sich modellhaft, insbesondere was die Ausrichtung der Inhalte, Ziele, Methoden und Medien der Ausbildung betrifft, am dualen System der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland.

An diese Ausführungen schloß sich die sehr intensiv diskutierte Frage an, ob diese

Orientierung beibehalten werden kann bzw. sollte, wenn in Zukunft die betriebsgebundene (kleinbetriebliche) Ausbildung stärker favorisiert werden müsse, um dem immer bedrängender werdenden Problem der Massenarmut zu begegnen.

In den 60er und 70er Jahren sind vorrangig Groß- und Mittelbetriebe in den Entwicklungsländern gefördert worden, während das Handwerk, die Kleinindustrie, die Landwirtschaft und das Transportwesen vernachlässigt wurden. U. a. haben solche, auf rasche Industrialisierung setzende Wachstumsstrategien zu einer gesamtwirtschaftlichen Fehlallokation von Ressourcen bei gleichzeitiger Ausdehnung der Massenarmut geführt, die sich auf urbane Slumgebiete der ländlichen Regionen konzentriert. Daran schloß sich die Frage an: Können die existentiellen Probleme der (verarmten) ländlichen Bevölkerung, die ja größtenteils als Selbstversorger lebt, durch kleinbetriebliche, vor allem auch stadtferne Ausbildungsmaßnahmen gemildert werden und kann so mittelfristig ein Beitrag zur Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung geleistet werden?

Zumindest haben das traditionelle wie auch das moderne Handwerk wichtige Funktionen. Überlieferte Techniken und Werkzeuge, Rohstoffe, die in der Region vorkommen oder relativ preiswert im Lande zu beschaffen sind, können zur Verarbeitung genutzt werden. Zudem ist evident: überall dort, wo noch einigermaßen intakte bäuerlich-handwerkliche Strukturen erhalten geblieben sind, die Einheit von Produktion und Konsumtion noch nicht aufgehoben ist, kann sich die Bevölkerung im Notfall selbst helfen. Entwicklungspolitisches Ziel ist es ja seit kurzem, auch den in stadtfernen Gebieten lebenden Jugendlichen eine entsprechende Berufsausbildung zukommen zu lassen, und die seit 1980 in der Bundesrepublik verfolgte grundbedarfsorientierte Entwicklungspolitik hat das Ziel, Entwicklungsvorhaben vorrangig danach zu beurteilen, in welchem Maße sie dazu beitragen, Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.

2.3 ULLRICH BÖHM, der nicht teilnehmen konnte, hatte schriftliche Thesen zur Verfügung gestellt zu der Frage, in welchen Bereichen die Grundsätze weiterzuentwickeln sind.

1. Es gibt keine allgemeingültigen Modelle, die man unverändert von Land zu Land übertragen kann. Dies gilt insbesondere für Länder, die erst am Anfang einer industriellen Entwicklung stehen. „Jedes Land benötigt . . . eine seiner Wirtschaftsstruktur und dem Stande seiner wirtschaftlichen Entwicklung angepaßte Ordnung des Ausbildungs- und Prüfungswesens“. Diese Thesen WISSINGS gelten noch heute.
2. In den einzelnen Ländern sind für die unterschiedlichen Sektoren der Wirtschaft (industrieller Sektor, handwerklich-kleinbetrieblicher Sektor, ruraler Sektor) jeweils angepaßte Lösungen zu entwickeln. Die drei Sektoren unterscheiden sich. Ob die bisherige Konzentration der deutschen Berufsbildungshilfe auf den industriellen Sektor angemessen ist, kann nur im Zusammenhang mit Entwicklungsstand (Schwellenland, LDC, LLDC) und entwicklungspolitischen Zielen des jeweiligen Empfängerlandes beurteilt werden.
3. Im Empfängerland ist zwischen Zielen der Regierung und Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu differenzieren. Solange Grundbedürfnisbefriedigung, Armutsbekämpfung und Selbsthilfeförderung zu den Zielen deutscher

Entwicklungshilfe gehören, können aus den Wünschen der Regierung der Empfängerländer (insbesondere solcher ohne demokratische Struktur) nicht die Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung abgeleitet werden.

4. Berufliche Bildung muß stärker als bisher mit
 - handwerks- und kleinbetrieblicher Förderung
 - sonstiger Förderung von Erwerbstätigkeiten sowie
 - ländlicher Entwicklung

verbunden werden. Bei der Planung und Evaluierung solcher Projekte müssen Berufspädagogen und Ingenieure stärker als bisher mit Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern zusammenarbeiten.

5. Bei der Ausrichtung von Ausbildung auf handwerks- und kleinbetriebliche Förderung müssen die Unterschiede in technologischem Niveau und Produktionsausstattung berücksichtigt werden. (z.B.: Die Kapitalintensität eines Arbeitsplatzes ist im industriellen Sektor Lateinamerikas 50mal höher als im handwerklich-kleinbetrieblichen Sektor.)
6. Die Ausbildung insbesondere für den handwerklich-kleinbetrieblichen und den ruralen Sektor kann sich nicht an Berufsfeldern nach deutschem Vorbild orientieren, sondern muß Elemente aus verschiedenen Berufsfeldern (z. B. Wirtschaft und Verwaltung, Elektro, Metall, Holz, Bau) enthalten. Inwieweit diese These auch für eine auf industrielle Arbeit ausgerichtete Ausbildung gilt, hängt davon ab, ob dort Ausgebildete tatsächlich als Lohnarbeiter eine entsprechende Beschäftigung finden, oder ob sie in andere Sektoren abwandern müssen.
7. Der Erfolg von Ausbildungsprojekten ist stärker als bisher durch Absolventenverbleibanalysen zu kontrollieren
8. Neben der monoberuflichen Langzeitausbildung ist stärker das Modulsystem einzuführen. Es kann sowohl zu einer gestuften Ausbildung als auch zur Kombination von Ausbildungselementen aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen genutzt werden. Um zu einseitige Qualifikation und gefährliche Qualifikationslücken zu verhindern, sind jedoch Rahmenbedingungen notwendig, die für die drei o. a. Sektoren unterschiedlich zu entwickeln sind.
9. Die Ausbildung ist, soweit möglich, mit produktiver Arbeit zu verbinden. Dies kann sowohl in vorhandenen Betrieben der verschiedenen Sektoren als auch dadurch geschehen, daß Schulen und Ausbildungswerkstätten sich Produktionswerkstätten angliedern oder selbst Produktionsaufträge übernehmen. Wo dies nicht möglich ist, kommt ein Wechsel zwischen verschiedenen Lernorten (Betrieb, Schule, überbetriebliche Lehrwerkstatt) in Frage.
10. Betriebliche und lokale Gruppen wie Bauern, Händler, Kommunalverwaltung, Arbeitnehmervertretungen usw. sollten die örtlichen Notwendigkeiten und Interessen in die Ausbildungsordnung einbringen. Dies bedeutet, daß weder die Betriebe noch die Regierung allein die Ausbildungsordnung festlegen sollten.
11. Die berufliche Bildung sollte mit einer Fortsetzung der Allgemeinbildung verbunden werden, insbesondere für Primarschulabgänger.
12. Die Berufsbildungshilfe sollte, soweit möglich, mit einer Reform der vorberuflichen

Bildung verbunden werden, insbesondere mit der Einführung handwerklicher Bildung in Primar- und Sekundarstufe I. Das allgemeine Bildungssystem kann nicht mehr überwiegend als Vorstufe akademischer Bildungsgänge konzipiert sein.

2.4 ROLF ARNOLD untersuchte die Frage „In welchen Bereichen sind die Grundsätze weiterzuentwickeln?“ aus der Sicht der „Durchführungsebene“. Stichworte seiner Darstellung waren:

– Rehabilitierung des Systemansatzes

Aufgrund der übergroßen sozialen Selektivität der formalen Bildungssysteme in Entwicklungsländern ist der Berufsbildungssystemansatz des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) unter sozialpolitischen Gesichtspunkten als wenig wirkungsvoll im Zusammenhang mit Armutsbekämpfung und Selbsthilfeförderung kritisiert worden. Neben bildungsökonomischen Studien sollten dazu auch in stärkerem Maße Fallstudien, Absolventenverbleibstudien und Systemvergleiche durchgeführt werden.

– Schlüssel zur Armutsbekämpfung

Was vor allem fehlt, sind makro- und mikroökonomisch griffige Analysen, die auch binnen- sowie außenwirtschaftliche Bezüge berücksichtigen. Es gibt in den Durchführungsinstitutionen einen echten Beratungsbedarf hinsichtlich der Frage, welche Rolle Berufsbildung in Prozessen „sich selbst tragender“ wirtschaftlicher Dynamik spielen kann.

– Vom System zu Szenarios

Hierzu sollten u. a. auch die unterschiedlichen Kooperationsformen zwischen Betrieben und Berufsbildungsorganisationen vergleichend analysiert und so die Vielfalt dualer Berufsbildung zu Entwicklungsländern dokumentiert werden. Man sollte in Zukunft weniger von der dualen Berufsbildung als vielmehr von Formen dual strukturierter Berufsbildung in Entwicklungsländern sprechen.

– Strategien sozialer Öffnung

Es gibt in der Berufsbildungshilfe und den Eigenanstrengungen vieler Partnerinstitutionen zahlreiche Erfahrungen, wie sich Ausbildungszentren durch spezielle Programme gegenüber dem sozialen Bedarf der Region öffnen können. Diese Ansätze und Erfahrungen sollten systematisch ausgewertet, aufgelistet und als zusätzliche Elemente für eine auch sozialpolitisch bewußte Berufsbildungshilfe in der Dritten Welt in einer Weiterentwicklung der Grundsätze berücksichtigt werden. Denn angesichts der demographischen Entwicklung in vielen Entwicklungsländern wird die Sprengkraft der sozialen Frage zunehmen und sich dadurch auch der sozialpolitische Druck auf die Berufsbildungsinstitutionen verstärken.

– Eigenständigkeit lebensweltbezogener Berufsbildung

Es spricht vieles dafür, daß Berufsbildungssysteme sich nur in begrenztem Umfang für Formen einer lebensweltbezogenen Berufsbildung für den informellen Sektor öffnen können, ohne ihren Systemcharakter aufzuweichen.

– Systematisierung lebensweltbezogener Berufsbildung

Auch im Bereich der lebensweltbezogenen Berufsbildung für den informellen Sektor

gibt es Strukturen, die entwickelt, Erfahrungen, die transferiert, und Dienstleistungen, die effektiver koordiniert werden können.

Die Grundsätze sollten auch Hinweise auf diesen Systematisierungsbedarf einer Förderung des informellen Sektors durch Berufsbildung geben. Dabei werden die Frage der Träger bzw. der Selbstorganisierbarkeit lebensweltbezogener Maßnahmen, der eigenständigen Konzeptualisierbarkeit von Berufsbildung im informellen Sektor sowie der Kooperation mit den nationalen Berufsbildungsinstitutionen sowie deren Kooperation mit Sozialentwicklungs- und Beratungsdiensten zentrale Themen sein.

– Integraler Lebensweltansatz

Die Lebensweltsituation der Armen kann nicht durch isolierte Maßnahmen unterschiedlicher Sektorpolitiken verbessert werden. Erforderlich ist vielmehr eine integrierte Förderung der Kleinbetriebe und wirtschaftlichen Einheiten im Bereich der Armutsökonomie. Es ist davor zu warnen, solche ganzheitlichen Ansätze auseinanderzureißen und ihre sektorpolitische Regelung z. B. vom Standpunkt der Subkomponente Berufsbildung her zu treffen. Plädiert wird vielmehr für eine Stärkung zielgruppenorientierter Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen von community development-Ansätzen und Ansätzen zur Handwerks- und Gewerbeförderung.

– Ende der Sektorpolitik

Vieles deutet darauf hin, daß das „integrierte Denken“ in der Entwicklungspolitik auf dem Vormarsch ist. Deshalb wird eine Weiterentwicklung der Grundsätze im Sinne fachlich-sektorpolitischer Vorgaben befürwortet.

– Profiltreue der Berufsbildungshilfe

Das wachsende entwicklungspolitische Gewicht des informellen Sektors in der Dritten Welt bedeutet nicht, daß automatisch auch die Berufsbildungshilfe in diesem Bereich eine stärkere Rolle spielen sollte. Viele Partner sehen nämlich den eigentlichen Bedarf externer Förderung in den Bereichen, in denen ihre eigenen Möglichkeiten noch immer eingeschränkt sind, nämlich im Bereich der qualifizierten Fachkräfteausbildung.

– Veränderter Stellenwert der Auslandsfortbildung

Erforderlich sind zukunftsorientierte Aussagen darüber, welche Zielgruppen zu welchen Programmen wohin zur Fortbildung entsandt werden sollten, d. h. es sollten auch Grundsätze zur Stipendiatenfrage in der Berufsbildungshilfe erarbeitet werden. Es wird mittelfristig insbesondere darauf ankommen, kürzere und fremdsprachliche Programme anzubieten, die Fortbildungsorte internationaler zu organisieren (surplace), und gerade auch für den Bereich lebensweltbezogener Berufsbildung neuartige Zielgruppen in den Blick zu rücken (z. B. Promotoren).

3. Zweiter Teil (Methodischer Aspekt)

3.1 VOLKER LENHART hatte sich der Frage angenommen, wie die Grundsätze weiterentwickelt und festgeschrieben werden sollten. Er schloß sich zunächst den von ARNOLD gegebenen Stichworten Nr. 1–3 an. Für die etwa 5 bis 10% eines Altersjahrgangs erreichenden Institutionen der formalen Berufsausbildung wären die „System-Szenarios“ landesspezifisch und innerhalb von Ländern noch einmal bezirksspezifisch zu

arrangieren. Er wandte sich sodann dem Aspekt der lebensweltbezogenen Berufsbildung zu. Stichworte seiner Darstellung waren:

- Relative Eigenständigkeit des informellen Sektors

Der informelle Sektor ist nicht nur in die ökonomische Gesamtsituation eines Landes eingebunden, Einzelstudien zeigen darüber hinaus, daß es für die Arbeitenden begrenzte Übergänge vom informellen zum modernen Sektor und umgekehrt gibt, z. B. macht sich ein Arbeiter mit „on the job-Ausbildung“ in einem modernen Betrieb im informellen Sektor als Kleinproduzent selbständig.

- Forschungsvorhaben zur Fortschreibung der Grundsätze hinsichtlich lebensweltorientierter Berufsbildung für die Beschäftigten des informellen Sektors

Vorgeschlagen wurde eine Sammlung von relativ erfolgreichen Beispielen der Intervention mit Berufsbildungsmaßnahmen im informellen Sektor. Gedacht ist an Ansätze wie die Brigaden in Botswana, die talleres publicos in Costa Rica, die village polytechnics in Kenia.

Die Ansätze sollen unter Gesichtspunkten wie Trägerschaft (z. B. GOs und NGOs), Zielgruppen, Curricula (z. B. modulare Lehrpläne) und training with production dokumentiert werden.

3.2 Bei der Diskussion methodischer Aspekte des Themas knüpfte GÜNTER PÄTZOLD nochmals daran, daß die Grundsätze eher beschreibend und vorschreibend und weniger erklärend sind. Bei Neuerungsprogrammen gab er Folgendes zu bedenken:

- Wie lassen sich die Betroffenen stärker in die Projekte einbeziehen? Von „außen“, zentral bis ins Detail vorgeplante Projekte, die kaum die spezifischen lokalen Interessen treffen und deren Bedingungen nur unzureichend aufnehmen, finden nur selten dauerhafte Unterstützung. Identifikationsmöglichkeiten müssen ebenso gegeben sein, wie die Autonomie der Betroffenen gewahrt bleiben muß.
- Der Beitrag der Wissenschaft zur Rationalisierung der notwendigen Willensbildungsprozesse über innovative Experimentalprogramme ist nach den bisherigen Erfahrungen zu überdenken.
- Die Chance von Veränderungen hängt nicht zuletzt von der Art ihres organisatorischen Rahmens ab. Die Notwendigkeit eines unterstützenden organisatorischen Rahmens, die Partizipation der Betroffenen, offene gute funktionierende Kommunikationskanäle und eine unbürokratische Handhabung sind zu ermöglichen.
- Für die Forschungsabsichten in einem dem Forscher fremden Feld, einer fremden Insitution, gerät dieser in die Lage eines mitweltlichen Beobachters, denn er verfügt über die Interpretation des ihm sichtbar werdenden Verhaltens anderer und über Muster aus seiner Vergangenheit.
- Was fehlt, ist eine Theorie der Berufsausbildung in der Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem klären müßte, wie sich die Analyse des Wandels und Strategien für Wandel methodologisch zueinander verhalten.

4.

In den Diskussionsbeiträgen auch der ca. 30 übrigen Teilnehmer wurde deutlich, daß eine Fortschreibung der Grundsätze auf jeden Fall die Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit der 70er und 80er Jahre einzubeziehen hat. Ein zentraler Punkt war die Unterscheidung zwischen systembezogener und lebensweltorientierter beruflicher Bildung mit jeweils unterschiedlichen Zielgruppen. Offen blieb die Frage, ob es dabei entsprechend den beiden unterschiedlichen Wirtschaftssystemen (moderner bzw. informeller Sektor) auch zwei unterschiedlich organisierte Berufsbildungssysteme nebeneinander geben sollte. Als ausschlaggebend wurde herausgestellt, daß man den Entwicklungsländern schließlich nichts Schlechteres empfehlen dürfe als sich selbst. Es blieb unstrittig, daß der Stellenwert der Berufsbildungshilfe nicht zu hoch angesetzt werden darf. Ihre Wirkung kann auf jeden Fall gesteigert werden, wenn sie zusammen mit Gewerbeförderung durchgeführt wird. Dagegen blieb die Frage offen, ob es ein ganzheitliches generelles Vorgehen geben kann, oder ob es nicht eher regionaler oder sogar länderspezifischer Lösungen bedarf.

Die Diskussion richtete sich auch darauf, inwieweit modelltheoretische Überlegungen (z. B. analog zum Göttinger Katalog didaktischer Modelle) bei der Dokumentation hilfreich sein können und wandte sich organisatorischen Fragen der Durchführung eines Forschungsvorhabens: „Modelle lebensweltorientierter Berufsbildungsinterventionen im informellen Sektor“ zu. Gedacht ist an eine vorausgehende Literaturstudie auf der Grundlage von Bibliographien nationaler und internationaler Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. z. B. Cinterfor) und anschließendes Aussuchen der wichtigsten Modelle und deren Beschreibung mittels Fragebogen und Interviews.

5.

Als Ergebnis der Arbeitsgruppe wurde zusammengefaßt, daß die Fortschreibung der Grundsätze aus den Anfangsjahren notwendig und möglich ist. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit seiner Schrift von 1986 einen wichtigen ersten Schritt getan, dem allerdings jetzt weitere Schritte folgen sollten. Den anwesenden Vertretern der Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Bildung und Wissenschaft wurde die Anregung gegeben, sich in ihren Häusern dafür einzusetzen.

Anschrift der Autoren:

Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft am Erziehungswissenschaftlichen Seminar, Akademiestr. 3, 6900 Heidelberg 1